



Erklärung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur internationalen Konferenz zur Frühwarnung (EWC III)

Wir, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Städten und Gemeinden aus aller Welt, sind am 26. März in Bonn zusammengekommen, um die Bedeutung von Katastrophenvorsorge und Frühwarnung für die Minderung negativer Auswirkungen von Naturgefahren zu diskutieren.

Wir sind besorgt, dass die wachsende Anzahl an Katastrophen natürlichen Ursprungs sowie die Verluste von Menschenleben und Eigentum unsere Bemühungen um nachhaltige Entwicklung untergraben. Die Durchführung wirksamer Maßnahmen der Katastrophenvorsorge ist eine unabdingbare Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung.

Frühwarnung ist zentraler Bestandteil dieser Strategie. Als eines der wirkungsvollsten Instrumente der Katastrophenvorsorge rettet sie Menschenleben und mindert die Auswirkungen von Naturereignissen.

Heute wohnen mehr Menschen in Städten als je zuvor in der Geschichte der Menschheit. Der Trend zur Urbanisierung ist unumkehrbar. Städte haben ein enormes Potenzial als Motoren von Wachstum und sozialer Entwicklung, stellen jedoch gleichzeitig als Ballungsräume ein Risiko dar, da sie eine Vielzahl von Menschen und Sachwerten beherbergen.

Wir unterstreichen, dass in Zeiten der Globalisierung die Auswirkungen von Katastrophen natürlichen Ursprungs, die eine wachsende Anzahl von Megastädten betreffen und deren Produktivkräfte schädigen, weltweite Folgen haben werden.

Wir stellen fest, dass Naturkatastrophen sich aus einer naturgegebenen Gefährdung und der gleichzeitigen Schadensanfälligkeit der Bevölkerung ergeben. Aufgrund ungeplanten Wachstums, zunehmender Komplexität der Infrastruktur und unzureichender Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge stellen Katastrophen natürlichen Ursprungs eine zunehmende Gefährdung für Städte und Gemeinden dar. Im Sinne nachhaltiger Entwicklung werden Maßnahmen der Frühwarnung und der Katastrophenvorsorge immer dringender, um unsere Entwicklungsziele auf lokaler Ebene zu erreichen.

Wir stellen fest, dass im Zentrum der Frühwarnung der Mensch steht. Sie fängt mit denjenigen an, die Frühwarnsysteme entwickeln und sie endet bei denjenigen, die nach Erhalt einer Warnung rechtzeitig handeln. Projekte auf kommunaler Ebene, die Gemeinden zu freiwilliger Mitwirkung mobilisieren, sind das Rückgrat einer effizienten Katastrophenvorsorge und Frühwarnung.



Wir schätzen und betonen den wertvollen Beitrag, den Freiwillige für die erfolgreiche Planung und Durchführung von Frühwarnsystemen leisten, sei es durch die Bereitstellung technischer Informationen oder durch die Mobilisierung, Ausbildung und Ausrüstung der Gemeinden, damit diese auf Katastrophen rechtzeitig reagieren können.

Wir unterstützen die Umsetzung des Hyogo-Aktionsplans, welcher in Januar 2005 bei der Weltkonferenz zur Katastrophenvorsorge in Kobe verabschiedet wurde, und wir begrüßen die Initiative der deutschen Regierung, die Dritte Internationale Konferenz zur Frühwarnung (EWC III) zu veranstalten.

Demnach erklären wir Folgendes:

Unbeschadet der Eigenverantwortung jedes einzelnen Bürgers bekräftigen wir, dass die Hauptverantwortung für die Minderung von Risiken und die Durchsetzung von Gesetzgebung bei den Regierungen liegt. Um nachhaltige Entwicklung zu erreichen, ist es unerlässlich, dass Katastrophenvorsorge und die wirksamsten Maßnahmen zur Vorbeugung und Frühwarnung in die Regierungspolitik Eingang finden.

Angesichts der bedeutenden Rolle von Städten für die Entwicklung des jeweiligen Landes weisen wir eindringlich auf die Notwendigkeit hin, Katastrophenvorsorge und Frühwarnung auf allen Ebenen der Kommunalpolitik und -verwaltung zu integrieren.

Wir verpflichten uns dazu, das öffentliche Bewusstsein über die in unseren Städten drohenden Gefahren zu schärfen, indem wir den Informationsfluss zu unseren Bürgern verbessern. Dazu gehören die Aufnahme des Faches Risikobewusstsein in Lehrpläne von Schule und Ausbildung; ein weiterer Schwerpunkt ist den Medien ihre Aufgabe zur frühzeitigen und verantwortungsvollen Information der Öffentlichkeit zu vermitteln.

Wir bekräftigen, dass die Einbindung der Zivilgesellschaft - einschließlich des freiwilligen Engagements - von wesentlicher Bedeutung für die wirkungsvolle Integration von Katastrophenvorsorge und Frühwarnung in unsere Entwicklungsmaßnahmen ist. Wir appellieren daher an nationale Regierungen und an die internationale Gemeinschaft, dezentrale und langfristige Programme für Fach- und Führungskräfte-Training zu fördern.

Wir werden unsere vorhandenen Netzwerke nutzen und ausbauen, um durch die Einbeziehung von Katastrophenvorsorge und Frühwarnung in unsere Stadtentwicklungsplanung die Widerstandsfähigkeit in unseren Städten und Gemeinden zu verbessern.

Internationale Städtepartnerschaften dienen als eine wichtige und entscheidende Strategie, um den Austausch von Erfahrungen zum Thema Frühwarnung und Katastrophenmanagement auf lokaler Ebene zu fördern. Deshalb verpflichten wir uns dazu, Städtepartnerschaften zunehmend als Instrument des Erfahrungsaustauschs und der Weiterbildung für diesen Bereich zu nutzen.



Deshalb fordern wir nationale Regierungen und die internationale Gemeinschaft auf zur:

Unterstützung des Dialogs zwischen den internationalen, nationalen, und lokalen Ebenen mit dem Ziel, den Informationsaustausch - als zentralem Bestandteil eines jeden Frühwarnsystems - sowie die entsprechende Koordinierung zu verbessern.

Vorrangigen Behandlung von Entwicklung und Ausbau bevölkerungsorientierter Frühwarnprojekte sowie zur verstärkten Förderung der Forschung zu Vulnerabilitätsfaktoren, um gefährdeten Kommunen Hilfe zu leisten.

Dezentralisierung von Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge, unterstützt durch strategisches Management aller Beteiligten, einschließlich des Freiwilligenengagements und zivilgesellschaftlicher Organisationen und verstärkt durch die Bereitstellung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen auf lokaler Ebene.

Unterstützung bei der Entwicklung der erforderlichen Gesetzgebung zur ergebnisorientierten Definition der unterschiedlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten der Beteiligten auf nationaler und lokaler Ebene einschließlich nationaler und lokaler Regierungen, gefährdeter Gemeinden, der Zivilgesellschaft und der Freiwilligenorganisationen.

Wir fordern die politischen Entscheidungsträger aller gesellschaftlichen Ebenen auf sich zu verpflichten, konkrete Maßnahmen zur Mobilisierung von Akteuren der Gesellschaft und der Wirtschaft voranzutreiben. Darüber hinaus fordern wir sie auf, Fach- und Führungskräfte- und Weiterbildung sowie Weiterbildung für alle gesellschaftlichen Akteure zu nutzen, um mehr Bürgerbeteiligung zu erreichen.

Bonn, 26. März 2006